



von Alkohol das beste Mittel, um der Fäulnis des Blutes  
damit dem Tode vorzubeugen.

### Handel und Verkehr.

**Devisen-Kurse.** (Durch die Rheinische Creditbank.) Niederlande 2165-2185, Schweiz 1100-1110, Paris 518-522, New York 63 1/2-63 3/4, London 243-244, Ungarn 25 1/2-26 1/4. Tendenz: etwas fester.

**Stuttgart, 27. Mai.** (Schlachtwirtschaft.) Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 83 Ochsen, 18 Bullen, 250 Jungbullen, 151 Jungriinder, 400 Kühe, 264 Kälber, 257 Schweine und 12 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Aus 1 Ztr. Lebendgewicht wurden erlöst: Ochsen 1. 650-700, 2. 450-500, Bullen 1. 530-580, 2. 480-500, Jungriinder 1. 650-700, 2. 550-600, Kühe 1. 500-610, 2. 450-3. 200-300, Kälber 1. 750-800, 2. 670-730, 3. 600 bis 660, Schweine 1. 1050-1100, 2. 1000-1040, 3. 900 bis 1000. — Verkauf des Marktes: Kälber beliebt, sonst ruhig.

### Neueste Nachrichten.

**Pforzheim, 27. Mai.** In der Meldung über die Aufhebung der Falschmünzermittel wird noch mitgeteilt: Die Polizei fand im Hause des Luz eine vollständige Einrichtung zur Herstellung der falschen Scheine. Die eigentlichen Betriebsinhaber waren der Sohn Eugen und der Schwiegerjohn des Luz, der Zeichner Hohweller, während die anderen vier Mitglieder der Familie und deren Oberhaupt sich mit dem Vertrieb der falschen Fünzigmarktscheine beschäftigten. Die Bande hatte in württembergischen Orten ganz beträchtliche Summen abgezogen. In der Werkstatt selber konnten noch 400 falsche 50 Marktscheine beschlagnahmt werden. Bis jetzt sind sieben Personen verhaftet worden.

**München, 28. Mai.** Die Bayerische Staatszeitung berichtet u. a.: Nachdem die Besprechungen des Ministerpräsidenten v. Raue mit den Führern der Koalitionsparteien völlige Uebereinstimmung über den einzunehmenden Standpunkt ergeben haben, wird sich der Ministerrat heute Samstag nochmals mit der Angelegenheit befassen. Darnach wird der Ministerpräsident dem Staatshaushaltanschuß des Landtags Mitteilungen über die Lage machen. Die maßgebenden Stellen sind, wie noch einmal betont sein mag, durchaus einig über die zu ergreifenden Maßnahmen und man darf zu ihnen das Vertrauen haben, daß ihre Entscheidungen so ausfallen werden, wie sie den Lebensnotwendigkeiten Bayerns und des Reiches entsprechen.

Wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ergibt sich bezüglich der zwischen dem Reich und Bayern geführten Verhandlungen über die Einwohnerwehrfrage nicht mehr das frühere ernste Bild. Bei der praktischen Durchführung der zu treffenden Maßnahmen können allerdings Einzelheiten noch Schwierigkeiten bereiten.

**Mainz, 27. Mai.** Das französische Kriegsgericht hat vier Deutsche wegen angeblicher Spionage zum Nachteil Frankreichs zu 6 Monaten bis 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt. Auch der deutsche Verteidiger mußte den Saal verlassen und sein Amt dem französischen Verteidiger übergeben.

**Torgau, 28. Mai.** Das Schwurgericht in Torgau verurteilte den Dienstmacht Handke, der seine Geliebte ins Wasser geworfen und darin solange festgehalten hat, bis sie ertrunken war, zum Tode.

**Berlin, 27. Mai.** Der Kanzler ist heute früh von seiner süddeutschen Reise zurückgekehrt. Er wird sich nunmehr mit seinen Ministerkollegen über die nächsten Schritte zu entscheiden haben, insbesondere auch über die Programmklärung, die man Dienstag, spätestens Mittwoch, erwartet. Auch die endgültige Entscheidung über die Personalveränderungen im Pressebureau wird nunmehr erfolgen. Außer Herrn Heilbronn dürfte wohl auch Geheimrat Trautmann seinen bisherigen Posten verlassen.

**Berlin, 27. Mai.** Vor dem außerordentlichen Gericht des Landgerichts II fand heute der Prozeß gegen den 35-jährigen Kaufmann und Schriftsteller Wilhelm Hering statt, der schon in dem ersten Prozeß betr. den Anschlag auf die Siegessäule unter dem Namen Ferry viel bekannt war. Die Anklage lautet auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und Hochverrat. Hering wurde zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wie in dem Urteil ausgeführt wird, gab der Angeklagte zu, daß er versucht habe, das Attentat mit mehreren anderen Geisteskranken auszuführen und daß es nicht zur Ausführung gekommen sei durch die Umstände, die unabhängig von seinem Willen waren. — Das Sondergericht des Landgerichts 13 beschloß sich heute mit dem Kommunistenanschlag auf die 66 Pfeilerbrücke. Angeklagt wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens war der Arbeiter Christof Kramer aus Charlottenburg. Er wurde zu 5 Jahren 7 Monaten Zuchthaus verurteilt.

**Berlin, 27. Mai.** Die Wiedergutmachungskommission hat die erste Einzahlung auf 1 Milliarde Goldmark, die von der deutschen Regierung in Höhe von 150 Millionen Goldmark in Form von ausländischen Devisen angeboten worden war, bekanntlich in Dollar verlangt. Wie wir hören, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark in Dollar sind vollständig überwiesen worden.

**Berlin, 28. Mai.** Ueber die Zahlungsweise des Restbetrages von 850 Millionen Goldmark ist Beschluß gefaßt worden. Heute gingen 20 Schahscheine nach Paris ab im Betrage von je 10 Millionen Dollar, deren Gesamtwert rund 850 Millionen Goldmark entspricht. Die Schahscheine tragen, den Londoner Bedingungen gemäß, das Indossement anerkannter deutscher Banken und sind teils in London, teils in Paris, teils in New-York zahlbar. Die Uebergabe dieser Schahanweisungen wird wahrscheinlich morgen erfolgen. Damit sind die Bedingungen des Art. 5 des Zahlungsplans der Reparationskommission unter Einhaltung der vorgeschriebenen Frist restlos erfüllt.

**Berlin, 27. Mai.** Die Eisenbahntransporte mit englischen Truppen haben heute begonnen und werden bis zum 1. Juni andauern. Die vier in Frage kommenden Bataillone werden in 10 Zügen, von denen täglich 2 abgelassen werden,

besteht. Die Route geht über Mainz—Hebra—Erfurt—Leipzig—Breslau nach Oberschlesien.

**Berlin, 27. Mai.** Der Reichsrat nahm einen Gesetzentwurf über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen an, durch den die bestehende Speerschrift auf drei Monate abgefristet wird. — Der Sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat beschlossen, im Hinblick auf die durch die Sanktionen und Reparationen für unser Wirtschaft geschaffene schwierige Lage von einer Einführung des Siebenstundentages im Bergbau vorläufig Abstand zu nehmen und die Verhandlungen darüber bis auf weiteres zu vertagen. — Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist die Einfuhr von Frischmilch, Wagemilch und Vollmilch aus dem Ausland mit dem 1. Juni 1921 freigegeben. — Gestern Abend brach in dem Umformerwerk bei dem Untergrundbahnhof Senefelder-Platz in Berlin Feuer aus, das um Mitternacht noch nicht gelöscht war. Der Bahnverkehr ist bis auf weiteres vollkommen gestört und dürfte auch heute noch nicht wieder aufgenommen werden können. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Rattowitz meldet, konnte dort die Wasserleitung wieder instand gesetzt werden. Die „Rattowitzer Morgenzeitung“ berichtet, daß am Donnerstag in das Unterkommisariat für Deutschland in Rattowitz zwei Männer mit vorgehaltenen Revolvern eindringen und 100 000 Mark stahlen. Einer von den Räubern konnte auf der Straße festgenommen werden. Es ist der bekannte Polenführer Ruch aus Rattowitz.

**Hamburg, 27. Mai.** Bei einem Ausflug von drei Knabenklassen der Volksschule gerieten beim Baden in der Oberelbe 17 Kinder in die Wellen eines vorüberfahrenden Dampfers. Die 3 Lehrer retteten 10 Kinder. Die übrigen ertranken. Die Leichen wurden geborgen.

**Wien, 28. Mai.** Der verlorengegangene Millionen schmutz der Prinzessin Lidienstein ist wieder beigebracht worden.

**Paris, 27. Mai.** Sforzas Vermittlungsplan in der oberschlesischen Frage sieht die Zuteilung einiger kleinerer Industriegebiete an Polen und der Städte an Deutschland, ferner die Schaffung eines unabhängigen Staats aus den restlichen Gebieten vor. Bertinaz erklärt im „Echo de Paris“, die Vorschläge des Grafen Sforza gingen dahin, Polen 45 Prozent der Stimmen zuzusprechen, also 5 Prozent mehr als nach dem Vorschlag des englischen Delegierten bei der interalliierten Kommission in Oppeln.

**Paris, 27. Mai.** Die italienische Botschaft teilt mit, daß die von einigen Zeitungen veröffentlichten Einzelheiten über einen angeblichen Vergleichsvorschlag der italienischen Regierung in der oberschlesischen Frage durchaus unzutreffend sind.

**Paris, 28. Mai.** Gestern Nachmittag fand eine Zusammenkunft deutscher Sachverständiger und Vertreter der technischen Abteilungen des Ministeriums der befreiten Gebiete statt. Die französischen Sachverständigen gaben den deutschen Delegierten nähere Einzelheiten über die Art und die Beschaffenheit der Materialien, die zum Bau der 25 000 Häuser dienen sollen, deren Lieferung von der deutschen Regierung vorgeschlagen ist. Eine weitere technische Versammlung wird heute stattfinden.

**Paris, 28. Mai.** Wie „Deuxie“ mitteilt, hat bei der gestrigen Unterredung mit Briand der englische Vorkämpfer Lord Darbridge wegen der Aufrechterhaltung der Befestigung von Hünnefeld des rechten Rheinufer, also der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, durch französische und belgische Truppen Vorstellungen erhoben. — Es verlautet, Belgien werde zur Boulogner Konferenz hinzugezogen werden, um die Möglichkeit einer Stimmengleichheit beider Parteien zu vermeiden.

**Paris, 28. Mai.** Ueber die vorgestrige Abstimmung über die Vertrauensstagesordnung Trags wird eine Berichtigung ausgegeben. Für die Tagesordnung stimmten 391 Abgeordnete, dagegen 157.

**London, 27. Mai.** Wie die Agentur Reuter meldet, vertritt die britische Regierung die Meinung, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags von Trianon strikte zur Anwendung gebracht werden müssen. Diesen Bestimmungen zufolge soll West-Ungarn an Oesterreich fallen. Gegen spätere Verhandlungen werden keine Einwendungen erhoben, sobald diese zwischen Oesterreich und Ungarn zur Herbeiführung einer zufriedenstellenden Regelung unternommen werden, vorausgesetzt, daß das in Frage stehende Gebiet als ungetrenntbar zu Oesterreich gehörig angesehen wird.

**London, 27. Mai.** Im Laufe einer Unterredung zwischen dem deutschen Außenminister und Lord d'Abercon, erklärte, dem „Daily Telegraph“ zufolge, Dr. Rosen, daß die deutsche Regierung die Frage der Verstärkung der Sicherheitspolizei an der oberschlesischen Grenze durch Reichswehrabteilungen sehr ernstlich erwogen habe, daß sie jedoch schließlich diesen Plan verworfen habe, damit die daraus folgenden Truppenzusammenschüßungen nicht falsch gedeutet und bei den Alliierten zu unbegründetem Verdacht führen könnten. Dr. Rosen äußerte die Versicherung, daß die deutsche Regierung keinerlei militärischen Coup dulden werde.

**London, 27. Mai.** In Cork und in der Umgegend wurden gestern Morgen mehrere Häuser eingestürzt, ebenso wurde eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt.

**London, 27. Mai.** „Daily Mail“ erfährt aus Washington, daß die amerikanische Regierung den Entwurf des Präsidenten Harding über die Regelung der Verbandsschulden gebilligt habe. Nach diesem Entwurf können die Schuldverschreibungen von dem amerikanischen Schatzamt auf den Markt gebracht werden. Die Finanzleute, welche die Uebernahme durchzuführen, sollen auch zum Verkauf der deutschen Reparationsverschreibungen ermutigt werden.

**Warschau, 27. Mai.** Der Staatschef hat das Rücktrittsgesuch des Fürsten Sapieha angenommen und den Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren Dombóli mit der einflussreichen Führung der Geschäfte des Außenministeriums betraut.

**Bukarest, 28. Mai.** Die rumänische Regierung hat die Ausfuhr von Vieh aus Siebenbürgen infolge der großen verfügbaren Bestände in dieser Provinz genehmigt.

**Verhandlung der Vorgesjur über den Kommunismus.**

**Stuttgart, 27. Mai.** Das württ. Staatsministerium hat durch eine Verfügung vom 26. d. Mts. auf Grund des Art.

18 Abs. 4 der Reichsverfassung über die Zeitung „Der Sozialist“ und seine Kopienblätter die Vorgesjur auf die Dauer von 1 Monat verbannt. Seit dem 7. Mai d. J. wurde der „Kommunist“ in 13 Fällen wegen Aufforderung zum Hochverrat, wegen Landesverrats, wegen Beamteneinwirkung wegen Vergehen gegen das Pressgesetz beschlagnahmt. Die zahlreichen Verträge gegen die Rechtsordnung wiesen, wie die Verfügung des Staatsministeriums angeführt wird, den entscheidenden Entschluß der Redaktion und des Verlags der Zeitung hin, unbestimmt um die bestehenden Strafvorschriften und das Einschreiten der Behörden die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch ein hoch- und landesverräterisches Treiben zu gefährden. Da die Behörden mit den zur Verhängung stehenden ordentlichen Mitteln diesem Treiben nicht Einhalt gebieten können, hat sich das Staatsministerium zur Verhängung der Vorgesjur im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entschlossen. Um eine Umkehrung der getroffenen Bestimmungen unmöglich zu machen, wurde die Vorgesjur auf alle im Verlage der Buchdruckerei Sozialdemokrat G. m. b. H. in Stuttgart erscheinenden Druckschriften ausgedehnt. Die Durchführung der Vorgesjur wurde der Stadtdirektion Stuttgart übertragen.

„Schwäbische Tagwacht“ und „Schwäbische Tagzeitung“ zur Regierungskrise.

**Stuttgart, 27. Mai.** Das Organ der Sozialdemokraten die „Schwäb. Tagwacht“ beschäftigt sich wieder in einem Leitartikel mit der Regierungskrise in Württemberg, die diesmal als merkwürdig bezeichnet. Zusammenfassend sagt sie zu der politischen Lage: Die Sozialdemokratie ist nicht der Meinung, daß sie unbedingt mehrheitsbildend wirken muß. Aber sie ist in Vollbewußtsein ihrer Verantwortung bereit, eine Politik, die einermassen den sozialen Bedürfnissen und den politischen Geboten der Zeit Rechnung trägt, zu unterstützen. Sie beansprucht zu diesem Zweck nicht einmal, wie sie im letzten Jahr bewiesen hat, einen Anteil an der Regierung. Aber es gibt natürlich eine Linie, über die die Sozialdemokratie nicht hinausgehen kann. Wird diese Linie überschritten, so wird sie das Volk vorzubereiten haben auf künftige Wahlentscheidungen. Sie wird zu einer solchen Politik übergehen, wenn alle anderen Wege erschöpft sind. Sie beglaubt, den Wechsel in der Reichsregierung als Anlaß zu nehmen, auf die Möglichkeiten eines Zusammenarbeitens der Parteien, die die heutige Reichsregierung bilden, aus dem Lande hinzuweisen. Es ist ihr dabei nicht einmalden, einen „Anspruch“ auf die Beteiligung an der Regierung geltend zu machen. Will die jetzige Regierung ohne Beteiligung der Sozialdemokratie eine Politik treiben, die wir tolerieren können, so wird uns das willkommen sein, als selbst Regierungspartei zu spielen. Wir müßten dabei insbesondere Bedenken legen, daß die württ. Regierung in voller Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Reichsregierung stünde. Die Versicherung, daß sämtliche württ. Minister für die Annahme des Ultimatums gewesen seien, genügt uns nicht. Wir müssen bei der württ. Regierung dieselbe Schärfe des Bewusstseins gegen Willkürmaßnahmen, wie sie die badische Regierung bekundet hat, nicht auf die Zahl der Vertreter der einzelnen Parteien in der Regierung und nicht auf die Namen dieser Vertreter kommt es uns an, der Geist und Inhalt der Politik, die getrieben wird, ist uns das Entscheidende. Will die Regierung — mit oder ohne sozialdemokratische Minister — eine Politik treiben, die wir billigen können, soll sie uns willkommen sein. Will sie das nicht, so muß sie sich ihre Mehrheit wo anders suchen.

**Stuttgart, 27. Mai.** Auf die gestrige Kennerung der „Schwäb. Tagwacht“, daß erstens die Sozialdemokratie nicht die Regierung, in aller Ewigkeit ihre Kräfte lediglich der Rettung Schiffbrüchiger zu erschöpfen, und daß zweitens die Weltanschauung, auch was den Verlauf von Staatsumwälzungen betrifft, sich nicht zu wiederholen pflegt, antwortet heute die „Schwäb. Tagzeitung“. Das ist ja sehr deutlich. Es ist ein liebes Bild, wenn sich die Sozialdemokratie als Verursacher der Rettung Schiffbrüchiger gebärdet und dann mit neuen Staatsumwälzungen droht. Dabei hat die „Tagwacht“ vollständig recht, wenn sie schreibt, daß sich die Weltgeschichte nicht zu wiederholen pflegt, auch was den Verlauf von Staatsumwälzungen betrifft. Vielleicht hat man im Lager der Sozialdemokraten die Vorgänge in Italien und an die Hoazim gedacht. Jedenfalls steht soviel fest, daß bei einem Verfall von Staatsumwälzungen im Sinne der „Schwäb. Tagwacht“ die Wäner und Bürger heute eine wesentlich andere Stellung einnehmen würden als anno 1918, wo unsere tüchtigen und schlagfertigen Leute draußen an der Front standen, während die Dürckberger und allerlei Verbrechenshelfer hinter der Front gekauft mit russischen Wäblern und englischem Gold, das deutsche Volk heimlich verraten haben. Heute wird die Notwehr gegen Staatsumwälzungen zu Gunsten der Firma Rothmann, Levi, Moses Cohn u. Co. und ihrem Streben nach Ministerstellen und Ministerpensionen eine ganz andere sein, als damals, wo man sich noch auf eine Regierung verließ, von der man irrtümlicherweise glaubte, sie werde ihren Mann stehen. Heute verlassen wir uns nicht mehr auf die Regierung, sondern auf unsere Kraft selbst, bewußt, die wir dem gegenüber, die uns noch weiter ins Unglück stürzen wollen, rücksichtslos anzuwenden werden. Wir haben an der heutigen Regierung gewiß allerlei auszusetzen, aber wir kämpfen gegen sie mit den legalen Mitteln der Kritik, mit der Sammlung einer starken Wäblerschlacht, und wenn die Zeit gekommen ist, mit dem Stimmzettel und mit der Macht der Tatsachen den Willen des Volkes durchzusetzen. Die Sozialdemokratie aber will, als Rinderstall, nicht mehr „auf dem Augenbänschen sitzen“, sondern sie will „unter selb pan an die Futterkribbe“, sie bemährheit wieder, was wir schon oft sagten: „Revolution heißt bei den roten und Demokraten nichts anderes als: „Sch weg und laß mich ran!“

Dr. Gradnauer über die Neugliederung des Reichs.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, hat an die Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsparteien ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Nach Artikel 18 und 167 der Reichsverfassung werden vom 14. August dieses Jahres an die Reichstags wahlberechtigten Einwohner das Recht haben, Bestimmungen über die Veränderungen des Gebiets von Ländern und die Neubildung innerhalb des Reichs zu verlangen. Der furchtbare Ernst der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und die Rücksicht auf das Ausland, das jede Spaltung der Kräfte in Deutschland willkommen wäre, erheischen gebieterisch vorerst deutsche Neugliederungswünsche größerer Art zurückzustellen und jede vermeidbare Benutzungs von der Bevölkerung fernzuhalten.

Um das neue Regierungsprogramm.

**Berlin, 27. Mai.** Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Reichskanzler auf eine Anfrage des Reichstagspräsidenten geantwortet, daß die Erklärung der Reichsregierung über ihr Programm am zweiten Verhandlungstag des Reichstags, als am 1. Juni, erfolgen werde.

Land „Koslicher Zeitung“ werden Wirtschaft und Finanzen den breitesten Raum in dem Regierungsprogramm einnehmen. Zur Erfüllung des Ultimatums werde die Erschließung neuer großer Einnahmegerellen notwendig sein. Das Land glaubt zu wissen, daß das Kabinett Wirth wenigstens bis zu einem gewissen Grade der Unterstützung der Unabhängigen sicher zu sein scheint. Die Haltung der Deutschen Volkspartei sei noch ungewiß. Die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion sei, da nun einmal die Verpflichtungen aus dem Ultimatum erfüllt werden müßten, für eine wohlwollende Neutralität gegenüber dem Kabinett unter der Voraussetzung, daß eine Reihe von Forderungen erfüllt würden und zwar u. a. die Befreiung der beiden noch freien Reichsministerien durch

Wäner und eine Streikschlichtung des Entwicklung

Der oberste Ein Vertreter der Reichskanzler hiez von Berlin eine Unterredung, seiner Reise nach Südbayern der Reichstagspräsident wieder einmal einen der zwei Jahre zusammen Lage durchbrechen, um einen Tag in Deutschland, schon ein Jahr in der fürbräher Staatsminister, mit meinen Wäblern, für Zusammenbau u. a. anerkennend über das, die der Vertreter des, die die Wäblern jetzt, ist? Der Reichstagspräsident. Den Krieg, einander friedlicher, um, auch für ganz, die Politik der Sanktionen, was bedeutet weitwirtsch, stände Entwicklung.

Die Säbne über de Mainz, 27. Mai. In Landes begann heute bei dem französischen Kriegsgericht, bekanntlich die Verbrechen Soldaten Robamie, am 27. d. Mts. im Angeklagten der Döck, die Angeklagten, zu betreffen gewesen zu, den beiden Angeklagte, die beide bezüglich der, unter Zustimmung, werden mangels hinreichend, der ersten Angeklagte, der den zweiten auf lebend, Reiner wurde, der, aus Wied verhand, eine falsche Cognac, der Cognac selbst verlauf, Unwissenheit durch seine, beiden zwei Jungen, die, die, das, den, zu haben. Das Urteil, 300 Mark Geldstrafe.

Kattowitz in höchster Gerechtigkeit, die aus, werden übereinstimmend, um der deutschgeiminten, der äußersten Gefähr, argenten sieben am Wä, andere, sondern auch, sozialdemokratische, veränder die Anfragen, Lebensmittel. Wasser, den nur gegen Vorseig, schieds abzugeben, in die polnischen Verban

Stadt Zahlungs Die Steuerpflicht Steuern von 1920, grens erinnert. (Ber, die der Steuerzeitel) Ebenfalls sind rück, lich zu entrichten. Den 28. Mai 1921



Am Montag vorn kommt auf dem Rathaus, Ditr. II Abt. Unterer, schriftlichen Angebo

38 Stück Lang- und, 38 „ Langholz V, Die schriftlichen unt, Angebote wollen bis, heiznamt abgeben un, Unmittelbar an die, der genannten Abteilu, öffentlichen Kaffee, Bankungen: 85 St. Ia, Popsenlangen: 30 St, Die einzelnen Lofe, gichten.

Oßen a. Gnz, der, Die schriftlichen unt, Angebote wollen bis, heiznamt abgeben un, Unmittelbar an die, der genannten Abteilu, öffentlichen Kaffee, Bankungen: 85 St. Ia, Popsenlangen: 30 St, Die einzelnen Lofe, gichten.

Nähmasch alle Sort prima Fe empfiehlt zu äußerst bi Eng



